NÖGemeinde Das Fachjournal für Kommunalpolitik

Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich



Kommunalbedarf.at sorgt für Sicherheit im Straßenverkehr







Anti-Frost bzw. Anti-Beschlag Spiegel

Die Anti-Beschlag-Funktion des VIALUX-Spiegels verhindert das Beschlagen ungeachtet der Temperatur oder des Feuchtigkeitsniveaus des Standortes.

 $600x400 = 616, - \bullet \varnothing 600 = 629, - \bullet 800x600 = 780, - \bullet \varnothing 1000 = 1.070, - 0.0$

ab € **616,**-









Polymir Spiegel

Unzerbrechlich und unveränderlich, gewährleisten eine ausgezeichnete Qualität der Spiegelfläche.

600x400 = € 175, - ∘ Ø 600 = € 186, - 800x600 = € 255, - ∘ Ø 800 = € 328, - 1000x800 = € 371, - ∘ Ø 900 = € 430, - - € 430, - € 4300, - € 4300, - € 4300, - € 4300, - € 4300, - € 4300, - € 4300, - € 43

ab € 175, -

Fahrradspiegel

Dieser Spiegel mit 120° Wölbung ermöglicht, Fahrradfahrer an Kreuzungen besser wahzunehmen und viele Unfälle abzuwehren.

Ø 320 mm schwarz oder Ø 320 mm blau

€ 124,-



Hinweistafel Achtung Kinder

Hochwertige Hinweisschilder aus 2mm Alublech ("laufend", gelb)

€ 59,53



Hinweistafel Achtung Kinder

Hochwertige Hinweisschilder aus 2mm Alublech (blau, mit Banderole)

€ 68,63

Vinzenz, lebensgroßer Polizist

Vinzenz ist laut ORF der bekannteste Polizist des Landes. Wo immer Vinzenz steht, überprüfen die Autofahrer ihre Geschwindigkeit und bremsen sich ein – damit sich Kinder und Fußgänger sicherer fühlen!

€ 320,-

In Straßenreinigung Beleucht rtikel, Schulbedarf und EDV Gr Jerkzeuge Verkehrszeichen na er Verkehrsspiegel Straßenbe merntafeln Wandertafeln Stad lertafeln Hinweisschilder Spor



KOMMUNALBEDARF.AT

Der Onlineshop des Österreichischen Kommunalverlags

Aus erster Hand

Aktuell im Juli

politik



Riedl und Sobotka präsentierten Gemeindeförderungsbericht

- **04** Mehr als 700 Millionen Euro für die Gemeinden
- **05** Gemeinde-Monitoring des Rechnungshofes
- 06 Vorreiter bei Gemeindekooperationen

recht & verwaltung



Leistungen für andere Gemeinden sind steuerpflichtig

- **14** Umsatzsteuerliche Beurteilung von Leistungen bei Kooperationen
- **16** Versicherungsmodell für Wasser- & Abwassergenossenschaftsobleute
- **18** Kann man gegen formlose Schreiben der Gemeinde berufen?

bildung

27 Info-Veranstaltung zum Energieffizienzgesetz

Den Sommer für kommunalpolitische Diskussion nutzen

Das Landesbudget steht auf stabilen Beinen: Das bestätigen die Zahlen. Ausgaben in der Höhe von 7,61 Milliarden Euro stehen Einnahmen in Höhe von 7,67 Milliarden Euro gegenüber. Damit geht das Land NÖ den kontinuierlichen Weg des gezielten Sparens und nachhaltigen Investierens weiter. Gleichzeitig zeigt das Budget, dass wir in Niederösterreich mit den Herausforderungen der Zeit verantwortungsbewusst umgehen. Den größten Teil der Ausgaben bilden die Bereiche Gesundheit und Soziales, dicht gefolgt von den Investitionen in die Arbeitsplatzsicherung, die Energie- und Umweltpolitik, die Bildungs- und Kulturpolitik sowie in die Wissenschaft. Auch der kürzlich erschienene Gemeindeförderbericht bestätigt die solide Budgetpolitik des Landes. Unsere zentralen Aufgaben: Schaffen wir Spielraum? Gestalten wir Zukunft? Wie müssen die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen sein, damit unsere Landsleute in unseren Gemeinden ein eigenverantwortliches und vor allem ein erfülltes Leben führen können? In Litschau wie in St. Pölten, in Annaberg wie in

Ich denke in Partnerschaft mit dem Land bringen wir diese Herausforderungen ganz gut auf die Reihe. Der Gemeindeförderbericht bringt die nackten Zahlen der partnerschaftlichen Unterstützungen, der Gemeindefinanzbericht 2011 zeigt das Ergebnis und Wirksamkeit dieser Unterstützungen. Die NÖ Gemeinden sind nach wie vor der größte öffentliche Investor. Wir können auch mit Fug und Recht behaupten, dass wir sparsam und effizient wirtschaften. Die immer wieder auftauchende Frage der Verteilungsgerechtigkeit ist meines Erachtens auch korrekt beantwortet: Die SPÖ-Gemeinden haben pro Einwohner 1.057,69 Euro, die ÖVP-Gemeinden 929,36 Euro zur Verfügung. Die Bedarfzuweisungsmittel sind daher zur Unterstützung der Ungunstlagen gedacht, einerseits, um einen Ausgleich zu schaffen und andererseits, um in Projekte, aber auch in Schulen, Kindergärten, Bauten der Siedlungswasserwirtschaft und des Hochwasserschutzes zu investieren.

Um über weitere wichtige kommunalpolitische Themen und Herausforderungen zu diskutieren, bieten uns die kommenden Sommermonate genügend Gelegenheit: Ich freue mich auf angeregte Diskussionen bei den Kommunalpolitischen Sommergesprächen in Bad Aussee sowie dem kommunalpolitischen Höhepunkt im September, dem Österreichischen Gemeindetag in Tulln.

LANG. Bgm. Mag. Alfred Riedl

Präsident



GVV-Präsident Alfred Riedl und Landeshauptmann-Stv. Wolfgang Sobotka: Solide Finanzpolitik des Landes ermöglicht die Unterstützung der Gemeinden.

Mehr als **700 Millionen Euro** für die Gemeinden

Landeshauptmann-Stv. Sobotka zog Bilanz über erfolgreiche Zusammenarbeit

iederösterreich steht auf finanziell stabilen Beinen. Durch die solide Finanzpolitik der letzten Jahre war es auch möglich, unsere Gemeinden wesentlich zu unterstützen. Mit den mehr als 700 Millionen Euro konnten in den Gemeinden vielfältige und notwendige Projekte realisiert werden", unterstreicht Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka die gute Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden.

Entlastung durch Übernahme der Spitäler durch das Land

Zusätzlich wurden und werden die Gemeinden durch die Übernahme der Spitäler durch das Land Niederösterreich Jahr für Jahr mit rund 183 Millionen Euro entlastet. Mit diesen Mitteln wurde eine Reihe von Projekten wie z. B. Straßenbaumaßnahmen, Errichtung von Amtshäusern, Unterstützung unserer Feuerwehren, Förderung des Musikunterrichts oder die Kindergartenbetreuung gefördert.

"Die Landespolitik hat in wirtschaftspolitisch schwierigster Zeit einfach die richtigen Maßnahmen gesetzt. Und wir in den Gemeinden haben unseren Beitrag dazu geleistet. Immerhin haben sich die Gemeinden als die besten Manager in der Krise erwiesen und bis auf ein Jahr immer ein Nulldefizit erreicht", stellt GVV-Präsident Alfred Riedl klar.

Die NÖ Gemeinden sind nach wie vor der größte öffentliche Investor. 327 Euro je Einwohner, die höchste Investitionskraft aller Bundesländer (vgl.

Vorarlberg 285 Euro, Oberösterreich 245 Euro, Kärnten 175 Euro je Einwohner). Riedl: "Wir können auch mit Fug und Recht behaupten, dass wir sparsam und effi-

zient wirtschaften." So geben die NÖ Gemeinden zum Beispiel für Personal 416 Euro je Einwohner aus (vgl. Steiermark 443 Euro, Oberösterreich 454 Euro, Vorarlberg 639 Euro je Einwohner) und haben noch immer eine freie Finanzspitze von zehn Euro je Einwohner. Der Österreichschnitt zeigt dafür nur mehr ein Minus.

"Die Gemeinden sind eindeutig die lokalen Konjunkturmotoren. Was uns stark macht, ist die gegenseitige Unterstützung und die gelebte Partnerschaft von Land und Gemeinden. Wir konnten darauf bauen und werden alles dazu beitragen, dass es auch in Zukunft so sein wird", so Riedl.

Schwerpunktaktion "Energie-Spar-Gemeinde"

Ein weiterer Schwerpunkt wurde im letzten Jahr mit der Aktion "Energie-

Spar-Gemeinde" gesetzt. Bis heute haben 75 Gemeinden fast 100 Projekte zum Thema "Energiesparen" eingereicht. Beispielsweise LED Straßenbeleuchtungen oder die Ausstatung des Amtshauses

mit einer Photovoltaikanlage.

Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Land Niederösterreich und seinen Gemeinden zeigt sich auch in den Rechnungsabschlüssen der Gemeinden. Von insgesamt 573 niederösterreichischen Gemeinden konnten lediglich 41 Gemeinden ihren Haushalt 2011 nicht ausgleichen. Im Jahr 2010 waren es noch 59 Gemeinden! Davon haben sieben Gemeinden einen Abgang von unter 5.000 Euro.

Begleitende Beratung statt an den Pranger stellen

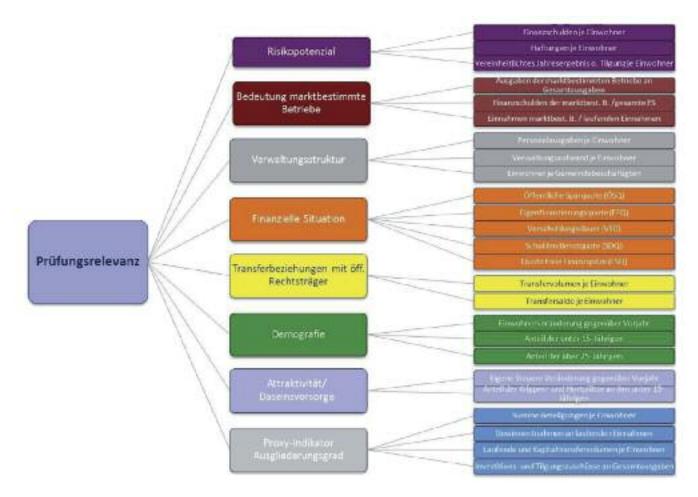
Rechnungshof bietet Gemeinde-Monitoring an

ie Präsidenten von Gemeindebund und Rechnungshof, Helmut Mödlhammer und Josef Moser, präsentierten kürzlich ein "Gemeinde-Monitoring", mit dem Fehlentwicklungen in einer Gemeinde rasch erkannt werden können. Dazu bietet der Rechnungshof auch begleitende Beratung für Kommunen an. "Das bringt mehr als ein nachträgliches An-den-Pranger-stellen", meint GVV-Präsident Alfred Riedl dazu.

Für Mödlhammer war die Obiektivierbarkeit des Zahlenwerks die Voraussetzung für seine Zustimmung zu RH-Prüfungen von Gemeinden unter 10.000 Einwohnern unter bestimmten Bedingungen. "Es geht darum, dass nicht Gemeinden willkürlich zur Prüfung herausgeholt werden, sondern jene, bei denen Grund zur Sorge besteht."

Für jede Gemeinde wird ein eigenes Profil erstellt, in dem die gebarungsrelevanten Daten von der Gemeinde eingesehen werden können. "Auf die Daten können nur die jeweilige Gemeinde und der Rechnungshof zugreifen", sagt Mödlhammer. "Vergleichsdaten gibt es nur anonymisiert." Die Daten stammen im Wesentlichen von der Statistik Austria und jenen Daten, die Grundlage für die Zuteilung der Bundesertragsanteile sind. Die Ergebnisse des Monitorings führen zu einer automatisierten Bewertung, wie hoch die Prüfungsrelevanz in der betreffenden Gemeinde wäre. "Der größte Teil der Gemeinden, nämlich jene, die ordentlich wirtschaften, fallen damit sofort aus dem Prüfungsradar heraus", so Mödlhammer.

Gemeindemonitoring Indikatorenmodell



Vorreiter bei Gemeindekooperationen

Tullner Bürgermeister schließen sich parteiübergreifend zusammen

ie Tullner Bürgermeister nehmen das Sparen ernst: Im Rahmen eines Projektes haben sie sich nun zusammengeschlossen, um Effizienzpotentiale – vor allem bei der Gebühreneinhebung – auszuloten und damit langfristig beim Verwaltungsaufwand zu sparen. "Wir brauchen auch weiterhin die Gemeindedienstleistungen in jedem Ort - das ist keine Frage - aber es gibt kosten-Abwicklungsvarianten. günstigere Konkret denken wir daran, dass spezialisierte Gemeinden für Andere Dienste mit übernehmen", erklärt GVV-Präsident Alfred Riedl das Einsparungskonzept, das jetzt gemeinsam durchgerechnet werden soll.

Modelle werden durchgerechnet

Entscheidungen können aber erst getroffen werden, wenn auch die Zahlen am Tisch liegen. Daher haben die Bezirksgemeinden zwei anerkannte Beratungsunternehmen damit beauftragt, Modelle durchzurechnen und bis Anfang 2013 Vorschläge auf den Tisch zu legen. "Die Entscheidung dazu ist einstimmig unter den insgesamt 20 VP- und SP-Spitzenvertretern der Gemeinden des Bezirkes gefallen", so Riedl. Nun wird das Projekt auch bei der Gemeindeabteilung des Landes eingereicht, und man erhofft sich eine großzügige Unterstützung.

"Nach der Diskussion und der Umsetzung der Ergebnisse müssen wir uns und dem Steuerzahler im Bezirk Tulln schlussendlich auch was ersparen können. Kooperation muss sich einfach rechnen – deswegen machen wir das ja auch", so Riedl über die Ziele der Kooperation. Das Projekt soll nun – die Unterstützungszusage des Landes vorausgesetzt – Mitte Juli starten. Die Gemeinde St. Andrä-Wördern hat sich bereit erklärt, die Finanzabwicklung durchzuführen, und eine Steuerungsgruppe aus sechs Gemeinden (St. Andrä-Wördern, Zwentendorf, Tulln, Königstetten, Absdorf und Grafenwörth) wird das Projekt auch laufend begleiten.

Im März 2013 sollen die Ergebnisse vorliegen. Danach wird entschieden, wie es weitergeht.

Mit dem Projekt ist der Bezirk Tulln Vorreiter in Niederösterreich. "Effizienz durch Zusammenarbeit steht bei uns im Vordergrund. Das leben wir auch den anderen Bezirken vor."

Vorzeigegemeinden im Waldviertel

Die Marktgemeinden Langau und Weitersfeld sind im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit Vorzeigegemeinden. So wurde kürzlich gemeinsam ein Traktor angekauft. Da vor zwei Jahren schon gemeinsam ein Kommunalgerät angeschafft wurde, ist nun sichergestellt, dass immer zumindest eines der beiden Geräte für Arbeiten zur Verfügung steht. "Wir sind als relativ kleine Gemeinde naturgemäß bemüht, unsere Aufwendungen durch Aufteilung der Kosten so gering als möglich zu halten. Daher kooperieren wir auch in vielen anderen Bereichen", sagt der Langauer Bürgermeister Franz Linsbauer. Sein besonderer Dank gilt Gemeinderat Karl Dietrich-Sprung, dem es gelang, die Unterstützung des Landes sicherzustellen.



Die beiden Bürgermeister mit Mitarbeitern der Gemeinden Weitersfeld und Langau: Martin Wruba, Gerhard Rockenbauer, Bgm. Werner Neubert, Bruno Wingelhofer sen., Bgm. Franz Linsbauer, Bruno Wingelhofer jun., Rene Wohl und Ewald Dietrich



Derzeit ist die Finanzierung der Nachmittagsbetreuung nur bis zum Schuljahr 2015/16 gesichert. Die Gemeinden verlangen eine dauerhafte Lösung, entweder über den Finanzausgleich oder über direkte Vereinbarungen.

Schulische Nachmittagsbetreuung **im Aufwind**

Im kommenden Schuljahr stehen 116.000 Betreuungsplätze zur Verfügung

emeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer zieht eine erfreuliche Zwischenbilanz über den Ausbau der schulischen Nachmittagsbetreuung. "Das ist nicht nur für den Bund, sondern auch für die Gemeinden ein ganz wichtiges Projekt", betonte Mödlhammer, "weil die Bedürfnisse der Eltern nach Nachmittagsbetreuung für ihre Schulkinder permanent steigen."

Ab dem kommenden Schuljahr stehen insgesamt 116.722 Betreuungsplätze zur Verfügung, das sind um 7.659 Plätze mehr als im heurigen Schuljahr, ein Plus von 7,02 Prozent. "Es ist erfreulich, dass der Ausbau voranschreitet", sagt Mödlhammer, es gebe aber noch viel zu tun. "Der Bedarf nach längeren Betreuungszeiten steigt beispielsweise auch ständig, eine Nachmittagsbetreuung bis 16 oder 17 Uhr wird da oft nicht reichen."

Personalsituation ist kritisch

Kritisch sieht der Gemeindebund-Chef auch die Personalsituation. "Wir haben einerseits Probleme damit, ausreichend qualifiziertes Personal zu bekommen. Es geht hier ja nicht um Vollzeitstellen, sondern im Wesentlichen um Halbtagesjobs. Zum anderen wäre es sinnvoll, hier die Lehrerinnen und Lehrer möglichst intensiv auch in die Betreuung einzubinden. Wir streben keinen Mischmasch an verschiedenen Dienstgebern und Arbeitsverhältnissen an."

"Finanzierung dauerhaft absichern"

Sorge bereitet Mödlhammer auch die langfristige Finanzierung der Nachmittagsbetreuung. "Derzeit ist die Finanzierung nur bis ins Schuljahr 2015/16 gesichert. Die Gemeinden verlangen hier eine dauerhafte Lösung, entweder über den Finanzausgleich oder über direkte Vereinbarungen. Außerdem wäre es besser, wenn die Zuschüsse des Bundes direkt an die Gemeinden gehen und nicht den Umweg über die Bundesländer nehmen."

Bis zum Schuljahr 2015/16 sollen, so der Plan, weitere 43.000 Betreuungsplätze geschaffen werden. "Das ist ein ambitioniertes Ziel", weiß Mödlhammer, "denn das sind mehr als 10.000 zusätzliche Plätze pro Jahr." Er, Mödlhammer, erhoffe sich einen deutlichen Schub in den kommenden Jahren. "Die Gemeinden sind zum Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten bereit, sie

schaffen die dafür nötige Infrastruktur und die Rahmenbedingungen. Mit Unterstützung des Bundes in der Finanzierung werden wir das vorgegebene Ziel auch schaffen", ist der Gemeindebund-Chef zuversichtlich.



Aus Sicht des Gemeindebundes ist es sinnvoll, Lehrerinnen und Lehrer intensiver in die Nachmittagsbetreuung einzubinden.



Klubobmann Klaus Schneeberger: "Das Budget 2013 bedeutet eine Fortsetzung des erfolgreichen Wegs Niederösterreichs."

Arbeitsbudget, von dem die Niederösterreicher profitieren

Schneeberger: Mit Voranschlag 2013 geht Land den erfolgreichen Weg weiter

as Budget 2013 ist kein Wahlkampfbudget, wie viele erwarten würden, sondern es ist ein Arbeitsbudget, von dem alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher profitieren. Hier sind keine Wahlzuckerl fürs kommende Jahr enthalten, sondern es setzt den erfolgreichen Weg Niederösterreichs - wichtige Investitionen für die Zukunft, ohne die kommenden Generationen zu belasten – erfolgreich fort", erklärte VP-Klubobmann LAbg. Klaus Schneeberger anlässlich des Budgetlandtags. Wie schon in den vergangenen Jahren wurde das Budget nur mit den Stimmen der ÖVP beschlossen.

Solide Finanzpolitik garantiert höchste Bonität

"Der Voranschlag für das kommende Jahr, der ein Volumen von 7,6 Milliarden Euro hat, ist auch eine Fortsetzung unseres Budgetpfads, der im Landtag beschlossen wurde. So wird es wie vorgesehen zu keiner Neuverschuldung kommen, und wir werden weitere 150 Millionen Euro an Schulden zurückzahlen. Dass das ohne Belastung der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher gelingt, ist das Ergebnis der soliden Finanzpolitik von Finanzreferenten, Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka und des positiven Ergebnisses des NÖ Sparbuchs - also der Veranlagung der Wohnbaudarlehen. Daher ist es kein Wunder, dass wir die höchste Bonität, ein Tripple-A, genießen", stellt Schneeberger fest. Laut dem VP-Klubobmann hat jede Niederösterreicherin und jeder Niederösterreicher auch ein Pro-Kopf-Guthaben von 1.685 Euro. Schneeberger rechnet dieses erfreuliche Ergebnis vor: "Den Landesschulden in der Höhe von rund 3,17 Milliarden Euro steht ein Vermögen von 5,88 Milliarden Euro gegenüber. Die Differenz sind ein Guthaben von 2,71 Milliarden Euro."

Vom Budget 2013 profitieren Jung und Alt

Neben der erfreulichen Fortsetzung des Budgetpfads setzt das Budget 2013 wichtige Akzente für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. So sind mehr als 50 Prozent der Ausgaben des Budgets für Gesundheit und Soziales reserviert. Außerdem wird auch im kommenden Jahr die Technologieoffensive fortgesetzt - dies spiegelt sich in einer deutlichen Erhöhung dieses Budgetabschnitts wider - und die Bereiche Bildung und Kultur werden von uns weiter entwickelt. "Das sind Investitionen von denen alle Bürgerinnen und Bürgern - egal ob jung oder alt - direkt profitieren. Daher ist es auch kein Wunder, dass 90 Prozent mit der Lebensqualität in unserem Bundesland zufrieden sind und die niederösterreichische Wirtschaft im Vergleich zu den anderen Bundesländern überdurchschnittlich wächst", so Klubobmann Schneeberger.

Eisstockschießen ohne Eis

Gewinnspiel von HYPO NOE Gruppe und Kommunalverlag

isstockschießen ist eine der beliebtesten Wintersportarten Österreichs. Nun muss man aber nicht mehr auf den Winter warten, um dieses gesellige Spiel, das aber auch ein Höchstmaß an Gefühl und Präzision verlangt, zu betreiben.

Greenice macht es möglich, auch dann Eisstockschießen zu spielen, wenn das Thermometer deutlich über den Nullpunkt klettert. Die Kunststoffeisbahnen zeichnen sich durch eine exzellente Gleitfähigkeit aus, die der von Natureis um fast nichts nachsteht. Auf Greenice kann man alles machen, was auch auf normalem Eis möglich ist. Sogar Eishockey wird mittlerweile schon oft auf Greenice gespielt. Die Kunsteisplatten sind sogar viel widerstandsfähiger als echtes Eis. Ein einfaches Stecksystem ermöglicht einen raschen Aufbau in nur wenigen Stunden.

Sensationell niedrige Betriebskosten

Besonders beliebt ist Greenice bei Kommunen, die bisher jedes Jahr einen Eislaufplatz aufgebaut haben. Hier punktet Greenice durch sensationell niedrige Betriebskosten – einmal aufgestellt, spart sich die Gemeinde 90 Prozent. Dazu kommt noch, dass keine chemischen Kühlmittel mehr benötigt werden. Das ist umweltfreundlich und nachhaltig.

Spezialist für Gemeindefinanzierungen

"Die niederösterreichischen Gemeinden sind das Rückgrat unserer Gesellschaft und ein wesentlicher Motor der Wirtschaft – deshalb sehen wir uns als "Bank des Landes NÖ' nicht nur für die finanzielle Fitness und Sicherheit unserer Kommunen verantwortlich, sondern im Rahmen des Gewinnspiels auch für die sportliche Fitness sowie die Verkehrssicherheit in den Gemeinden", freut sich Peter Harold, Vorstandsvorsitzender



Die Greenice-Kunststoffeisbahnen zeichnen sich durch eine exzellente Gleitfähigkeit aus, die der von Natureis um fast nichts nachsteht.

der HYPO NOE Gruppe, auf eine rege Teilnahme. Die HYPO NOE Gruppe erkannte schon sehr früh, dass die öffentliche Hand einen Spezialisten für Finanzierungen benötigt und hat daher als eine der ersten Banken Österreichs "Public Finance" zu einem strategischen Geschäftsfeld entwickelt.

Gewinnspiel

Die HYPO NOE Gruppe und der Österreichische Kommunalverlag verlosen eine Greenice-Eisstockfläche, die im Dezember ein ganzes Monat lang in Ihrer Gemeinde aufgebaut wird.

Schreiben Sie uns, welche Aktivitäten – vom Weihnachtsmarkt bis zum Schirennen – in Ihrer Gemeinde in der heurigen Adventzeit geplant sind. Die Greenice-Eisstockbahn wird bei einer Veranstaltung im Herbst in Krems unter den Einsendern verlost. Dort können Sie Greenice auch testen und beim Eisstockschießen eines von zehn "Vorsicht Kinder"- und 20 "Achtung Kinder"-Schildern für Ihre Gemeinde erspielen.

Schicken Sie die Aufzählung der im Advent in Ihrer Gemeinde geplanten Veranstaltungen mit Ihren Kontaktdaten an:

Österreichischer Kommunalverlag Kennwort "Gewinnspiel NÖ GEMEINDE" Löwelstraße 6, 1010 Wien

oder E-Mail: gewinnspiel@kommunal.at

Einsendeschluss ist der 30. September 2012.

Gemeindeautonomie als Basis für Zukunftssicherung

50 Jahre Gemeindeverfassungsnovelle 1962

von Franz Oswald

Jahre ist es nunmehr her, dass der Bundesgesetzgeber die kommunale Selbstverwaltung, gleichsam die Gemeindeverfassung, in der Bundesverfassung verankerte. (Die NÖ Gemeinde berichtete darüber bereits in ihrer letzten Ausgabe.)

Im Parlament in Wien fand aus diesem Anlass am 26. Juni eine Festveranstaltung des Städte- und des Gemeindebundes mit höchsten Repräsentanten des Bundes, der Länder und der Gemeinden statt, begrüßt von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Genereller Tenor der Aussagen: Die Kommunalautonomie hat die positive Entwicklung nicht nur der Gemeinden, sondern ganz Österreichs wesentlich beeinflusst und die Rolle der Gemeinden als gleichberechtigte Partner von Ländern und Bund ebenso wie die privatwirtschaftlichen Möglichkeiten der Gemeinden gesichert. Weiters wurde die wesentliche Bedeutung der Kommunen für die künftige europäische Integration herausgestrichen.

Fundament der wiederaufgebauten Republik

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer bezeichnete die Gemeindeverfassung 1962 als Fundament der wiederaufgebauten Republik, die Gemeinden agierten seither auf Augenhöhe mit den übrigen Gebietskörperschaften. Künftig wünscht sich Mödlhammer u. a. die Verankerung der Gemeindeverbände in der Bundesverfassung sowie die Möglichkeit für die Gemeinden, mit Bund und Ländern Verträge abschließen zu können.

Für Städtebund-Präsident Michael Häupl ist klar, dass an der verfassungsmäßig



Der Nationalratssitzungssaal war beim Festakt bis auf den letzten Platz gefüllt.

festgelegten "Einheitsgemeinde", ob groß oder klein, festzuhalten sei. Die kommunale Infrastruktur Österrreichs werde international kaum übertroffen. Öffentliche Dienstleistungen sollen weiter in der Hand der Gemeinden bleiben. Nötig sei eine Reform der Aufgabenteilung zwischen Ländern und Gemeinden. Das Bekenntnis zu Europa verband Häupl mit dem Wunsch, dass die kommunale Stimme in Brüssel stärker gehört werden sollte.



Rechnungshofpräsident Josef Moser und ÖVP-Klubchef Karlheinz Kopf.



Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, GVV-Präsiden Alfred Riedl und der Wiener Bürgermeister Michael Häupl bei der Festveranstaltung.

Forderung nach mehr direkter Demokratie

Festredner Univ.-Prof. Johannes Pichler von der Universität Graz forderte als "glühender Europäer" mehr direkte Demokratie in allen Gebietskörperschaften und kritisierte den Bundespräsidenten wegen dessen reservierter Haltung zu Bürgerreferenden. Für spätestens Ende des 21. Jahrhunderts prognostizierte Pichler in der politischen Struktur ein bundesstaatliches Europa mit gewählten Spitzenrepräsentanten sowie starken Gemeinden, an einem signifikanten Ausbau der Bürgerbeteiligung führe kein Weg vorbei. Die Gemeinden hätten die höchste Akzeptanz aller politischen Ebenen, von hier aus sei auch der Kampf gegen Demokratie-und EU-Verdrossenheit zu führen.

Bildung als Standortfaktor

Bildungsministerin Claudia Schmied unterstrich Bildung als wesentlichen Standortfaktor für die Gemeinden. In der Bildungsreform wie etwa in der Frage der Ganztagsschule und der Neuen Mittelschule seien die Gemeinden wichtigster Bündnispartner, man sei hier bereits sehr weit vorangekommen. Die Ministerin setzte sich auch für eine Stärkung der Position der Lehrer als Grundlage für ein Gelingen der gesamten Bildungsreform ein.

Abschließend wurden zwei Schulmodelle, die sich in verschiedener Form mit der Zukunft der Gemeinden befassen, durch Schüler des Gymnasiums Klosterneuburg sowie des Bildungscampus Moosburg in Kärnten präsentiert. In beiden Fällen mit einem reichen Ideenfundus.



Hofrat Prof. Dr. Franz Oswald, Chefredakteur der NÖ Landesregierung i.R., jetzt freier Journalist

Neues Amts- und Musikhaus

Mehr Qualität in der Bürgerbetreueung für St. Pantaleon-Erla

ultifunktionalität so lautete der hohe Anspruch für das neue Verwaltungsgebäude im niederösterreichischen St. Pantaleon-Erla. Die attraktiven und maßgeschneiderten Leasingfinanzierungen der Erste Group Immorent ermöglichten der Gemeinde die Realisierung des neuen Amts- und Musikhauses. Das neue Verwaltungsgebäude dient nicht nur der Bürgerinformation, sondern ist auch mit einem Sitzungsraum für den Gemeinderat ausgestattet. Dieser wird gegebenenfalls auch als Veranstaltungsraum genutzt. Geplant wurde diese flexible Gestaltung durch das Architektenbüro Scheuer & Pardametz ZT-GmbH, umgesetzt durch das lokale Bauamt St. Pantaleon-Erla.

Die Ausschreibung der Gemeinde zur Finanzierung des Bauvorhabens konnte

die Erste Group Immorent auf Baurechtsbasis für sich entscheiden.

Die Nutzungsdauer wurde entsprechend den Bedürfnissen der Gemeinde gewählt und eine hohe Ansparrate vereinbart, damit die Restwertbelastung am Ende gering ausfällt. Die Leasingraten sind nicht Maastricht-relevant, daher werden diese über die ordentlichen Verwaltungsausgaben abgerechnet und belasten den Schuldenstand des Haushaltsabschlusses nicht. St. Pantaleon-Erla hat mit diesem Engagement den richtigen Impuls für eine optimale Betreuung der Bürger, bei gleichzeitiger Förderung lokaler Vereine und der Kultur gesetzt. Die Erste Group Immorent hat sich mit einer ausgefeilten Leasingfinanzierung als perfekter Partner erwiesen.



Information

Claudia Raicher Erste Group Immorent AG Tel.: 05 0100 – 27277 Claudia.Raicher@immorent.com www.erstegroupimmorent.at



Landeshauptmann Erwin Pröll und Verkehrs-Landesrat Karl Wilfing setzten mit dem "Top-Jugend-Ticket" eine Neuregelung der Schülerfreifahrt durch. Auch die Mittel für den öffentlichen Verkehr in Niederösterreich werden aufgestockt.

Für 60 Euro im Jahr **alle** Öffis benutzen

LH Pröll: Neue Jahresnetzkarte für Schüler und Lehrlinge in der Ostregion

m Zuge des traditionellen "Dreiländertreffens" der Landeshauptmänner aus Niederösterreich, Wien und Burgenland präsentierten Landeshauptmann Erwin Pröll, Landeshauptmann Michael Häupl und Landeshauptmann Franz Niessl gemeinsam mit Bundesminister Reinhold Mitterlehner eine völlige Neuregelung der Jahresnetzkarte für Schüler und Lehrlinge im Verkehrsverbund Ost-Region.

Top-Jugend-Ticket mit vielen Vorteilen

Demnach wird es im Zuge eines "Top-Jugend-Tickets" die Möglichkeit geben, um 60 Euro pro Jahr im gesamten Verkehrsverbund Ost-Region das ganze Jahr über (d. h. auch an den Wochenenden und in den Ferien) auf allen Strecken kostenlos zu fahren. Zusätzlich dazu wird es weiterhin die bisherige Möglichkeit geben, mit einem Selbstbehalt von 19,60 Euro für ein Schuljahr an Wochentagen die Fahrt zwischen Wohnung und Schule oder Ausbildungsstelle zu bestreiten.

Bevölkerungszuwachs für Ostregion

Prognosen sagen für die Ostregion einen Bevölkerungszuwachs von rund 400.000 Einwohnern bis zum Jahr 2030 voraus, erläuterte Landeshauptmann Pröll. Das bringe auch entsprechende Herausforderungen etwa im Bereich der Mobilität, so Pröll: "Rund 126.000 Pendlerinnen und Pendler fahren täglich aus dem Wiener Umland nach Wien, rund 50.000 sind von Wien heraus in das Wiener Umland unterwegs." Im Bereich der Schülerfreifahrt seien in den drei Ländern Niederösterreich, Wien und Burgenland rund 500.000 Schüler und Lehrlinge betroffen, rund 280.000 nehmen die derzeitige Regelung in Anspruch, gab er an. Die zwei neuen Modelle seien "eine komplette Neuregelung", betonte der niederösterreichische Landeshauptmann: "Wir sehen darin ein wichtiges Signal für den

öffentlichen Verkehr, und wir bieten damit eine Lösung an, die eine uneingeschränkte Mobilität für Jugendliche zu erschwinglichen Preisen ermöglicht." Darüber hinaus sei es auch "ein politisches Signal", denn "die gemeinsame Lösung über Länder- und Parteigrenzen hinweg" sei auch ein wesentliches Signal für den föderalen Gedanken".

Aufstockung der Mittel für Öffentlichen Verkehr

Um den öffentlichen Verkehr in Niederösterreich generell voranzutreiben, wurde auch das Budget für den öffentlichen Verkehr im Land weiter aufgestockt: "Insgesamt werden im kommenden Jahr rund 27 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen. In den kommenden vier Jahren investiert Niederösterreich zusammen mit dem Bund rund 2,4 Milliarden Euro in den öffentlichen Verkehr, in die Straße hingegen nur 1,6 Milliarden Euro", betont der zuständige Verkehrs-Landesrat Karl Wilfing.

Beförderung von Schulund Kindergartenkindern

Drei verschiedene Varianten für unterschiedliche Anforderungen

emeinden stehen oft vor der Frage, wie die Beförderung von Kindergarten- und Schulkindern effizient abgewickelt werden kann. Grundsätzlich stehen dafür zwei Möglichkeiten zur Verfügung: Gelegenheitsverkehr und Linienverkehr.

Es bieten sich folgende Varianten, die für jede Anforderung eine optimale Beförderungsmöglichkeit bieten sollten:

Kombinierte Schüler-/Kindergartenkinderbeförderung

In jenen Bereichen, in denen Linienverkehre angeboten werden, wäre – nach Maßgabe von freien Kapazitäten – eine kombinierte Schüler-/Kindergartenkinderbeförderung möglich. Kinder unter sechs Jahren dürfen im Linienverkehr jedoch nur mit Begleitperson reisen.

Die Kosten für die Mitbeförderung der Kindergartenkinder sind mit der VOR GesmbH (DI Fulvius Amadori, Tel.: 01/955 55-5511, Europaplatz 3/2, 1150 Wien, E-Mail: office@vor.at) abzustimmen. Die Kosten sind im Allgemeinen geringer, als für einen selbst organisierten Transport.

Kindergartentransport

Sollten auf den erforderlichen Strecken bzw. zu den gewünschten Zeiten keine Linienverkehre existieren, ist im Bedarfsfall ein Kindergartentransport von der Gemeinde im Gelegenheitsverkehr zu organisieren. Für diese Transporte gibt es die Möglichkeit einer Förderung seitens des Landes Niederösterreich. Kontakt: Abteilung Allgemeine Förderung-F3, Familienreferat beim Amt der NÖ Landesregierung, Nadine Gegner, Tel.: 02742/9005-13467, E-Mail: nadine.gegner@noel.gv.at



Kombinierter Transport im Gelegenheitsverkehr

Nur in jenen Bereichen, in denen aufgrund der sehr geringen Anzahl von Schul-bzw. Kindergartenkindern keine effiziente Beförderung im Linienverkehr möglich ist und auch ein Gelegenheitsverkehr getrennt für Schüler und für Kindergartenkinder nicht sinnvoll umsetzbar ist, wäre ein kombinierter Transport von Schülern und Kindergartenkindern im Gelegenheitsverkehr in Ausnahmefällen möglich. Dabei ist auf jeden Fall im Vorfeld das Einvernehmen mit dem Finanzamt Wien 3/11 (Tel. 01/71 117) hinsichtlich Kostenbeteiligung sowie mit dem jeweiligen Verkehrsunternehmen betreffend des nicht unwesentlichen Organisationsaufwandes herzustellen.

Grundsätzlich sollten die Anforderungen an die Beförderung genau analyDie offizielle Tafel "STOPP wenn Schulbus hält" ist unter www. kommunalbedarf.at erhältlich.

siert werden, um anschließend die bestmögliche Variante auszuwählen. Dadurch können auch die einzelnen wenigen Härtefälle optimal abgefedert werden.

Informationen

Für allgemeine Informationen zum Schüler- bzw. Kindergartenkinder-Transport steht auch der Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) unter Tel. 01/955 55 zur Verfügung

Leistungen für andere Gemeinden sind steuerpflichtig

Umsatzsteuerliche Beurteilung von Leistungen bei Gemeindekooperationen

von Raimund Heiss

achdem das 1. Stabilitätsgesetz 2012 eine Steuerpflicht für grundsätzlich alle Grundstücksverkäufe auch bei Gemeinden eingeführt hat sowie die Möglichkeit, den Vorsteuerabzug geltend zu machen, erheblich eingeschränkt und den Vorsteuerberichtigungszeitraum auf 20 Jahre ausgedehnt hat, erreicht die nächste Hiobsbotschaft, nämlich der "Begutachtungsentwurf Ergebnisunterlage Umsatzsteuer" vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) die Gemeinden.

Darin wird ausgeführt, dass die Leistungserbringung auf privatrechtlicher Basis von Gemeinden an die Nachbargemeinden bzw. von Gemeindeverbänden an die Mitgliedergemeinden eine unternehmerische Tätigkeit darstellt, die der Umsatzsteuer unterliegt.

Sachverhalt

Eine Gemeinde bzw. ein Gemeindeverband erbringt bestimmte Dienstleistungen (z. B. EDV-Dienstleistungen, Übernahme der Abgabenerhebung, Abstellung von Personal) für die umliegenden Nachbargemeinden bzw. die Mitgliedergemeinden. Die dafür angefallenen Kosten (z. B. für Nutzung der EDV-Anlagen, Personal) werden in Rechnung gestellt.

Fraglich ist, ob die entgeltliche Durchführung dieser Dienstleistungen einen Betrieb gewerblicher Art iSd § 2 Abs 3 UStG begründet.

Lösung nach dem Begutachtungsentwurf des BMF

Allgemeines

Gemäß § 2 Abs. 3 UStG 1994 ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts nur mit ihren Betrieben gewerblicher Art (BgA) im Sinne des § 2 KStG und mit ihren land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie mit den weiteren taxativ aufgezählten "fiktiven" BgA unternehmerisch und damit wirtschaftlich tätig. Nach § 2 Abs. 1 KStG ist ein BgA jede Einrichtung, die wirtschaftlich selbstständig ist und ausschließlich oder überwiegend einer nachhaltigen privatwirtschaftlichen Tätigkeit von wirtschaftlichem Gewicht und zur Erzielung von Einnahmen dient. Die Absicht, Gewinn zu erzielen, und eine Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr sind nicht erforderlich.



Erbringt eine Gemeinde aufgrund einer speziellen gesetzlichen Ermächtigung Dienstleistungen für eine andere Gemeinde, kann nur dann eine nicht steuerbare hoheitliche Tätigkeit vorliegen, wenn Wettbewerbsverzerrungen gegenüber anderen auszuschließen sind. Nach Art. 13 Abs. 1 MwSt-RL 2006/112/EG gelten Staaten, Länder, Gemeinden und sonstige Einrichtungen des öffentlichen Rechts nicht als Steuerpflichtige, soweit sie Tätigkeiten ausüben oder Umsätze bewirken, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen. Bei Tätigkeiten "im Rahmen der öffentlichen Gewalt" im Sinne dieser Bestimmung handelt es sich um solche, die Einrichtungen des öffentlichen Rechts im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Sonderregelung ausüben. Dies ist jedenfalls der Fall, wenn die Ausübung dieser Tätigkeit das Gebrauchen hoheitlicher Befugnisse umfasst. Nicht dazu gehören Tätigkeiten, die eine Körperschaft öffentlichen Rechts unter den gleichen Bedingungen ausübt private Wirtschaftstreibende.

Unerheblich ist, ob die Tätigkeit in Wahrnehmung von Aufgaben besteht, die aus Gründen des Gemeinwohls durch Gesetz zugewiesen und geregelt sind. Ausschlaggebend sind die konkreten Ausübungsmodalitäten der Tätigkeiten. Soweit Art. 13 Abs. 1 der RL die Behandlung der Einrichtungen des öffentlichen Rechts als Nichtsteuerpflichtige davon abhängig macht, dass diese "im Rahmen der öffentlichen Gewalt" tätig werden, schließt sie eine solche Behandlung der Tätigkeiten aus, die diese Einrichtungen nicht als Rechtssubjekte des öffentlichen Rechts, sondern als Rechtssubjekte des Privatrechts ausüben.

Erfolgen die Tätigkeiten auf öffentlichrechtlicher Grundlage, sind sie jedoch dann unternehmerisch, wenn eine Behandlung als nichtunternehmerisch zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führen würde. In die diesbezügliche Beurteilung ist nicht nur der gegen-



Durch die Rechtsansicht des Finanzministeriums wird die Bildung von Gemeindekooperationen insbesondere im Bereich des Bauhofs aus wirtschaftlicher Sicht in Frage gestellt.

wärtige, sondern auch der potentielle Wettbewerb einzubeziehen, sofern die Möglichkeit für einen privaten Wirtschaftsteilnehmer, in den relevanten "Markt" einzutreten, real und nicht rein hypothetisch ist.

Hinsichtlich der im Ausgangssachverhalt angeführten Dienstleistungen muss daher entsprechend den dargelegten Grundsätzen zunächst geprüft werden, ob eine Tätigkeit auf öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Grundlage vorliegt.

Leistungserbringung auf privatrechtlicher Basis

Erfolgt die Leistungserbringung auf privatrechtlicher Basis und sind die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 KStG für das Vorliegen eines BgA gegeben, ist von einem BgA iSd§ 2 Abs 3 UStG, somit von einer unternehmerischen Tätigkeit auszugehen (z. B. entgeltliche Erbringung von EDV-Dienstleistungen oder Reinigungsleistungen).

Leistungserbringung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage

Erbringt eine Körperschaft des öffentlichen Rechts aufgrund einer speziellen

gesetzlichen Ermächtigung oder Verordnung, also auf öffentlich-rechtlicher Grundlage, Tätigkeiten bzw. Dienstleistungen für den Hoheitsbereich einer anderen Körperschaft des öffentlichen Rechts, kann nach den Grundsätzen des Unionsrechts nur dann eine nicht steuerbare hoheitliche Tätigkeit vorliegen, wenn größere Wettbewerbsverzerrungen gegenüber anderen Wirtschaftsteilnehmern auszuschließen sind. Dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn die erbrachten Leistungen entsprechend ihren Ausübungsmodalitäten derart spezifisch und typisch für die Ausübung hoheitlicher Befugnisse sind (z. B. Abgabenerhebung), dass private Wirtschaftsteilnehmer im Hinblick auf den hoheitlichen Charakter dieser Leistungen bzw. aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen "real" und faktisch keine Möglichkeit haben, gleichartige Leistungen zu gleichen Bedingungen zu erbringen.

Gleiches gilt für diesbezügliche Leistungen von Zusammenschlüssen von Gemeinden (z. B. Verwaltungsgemeinschaften oder Gemeindeverbände) zum Zwecke der Erledigung hoheitlicher Aufgaben.

Zusammenfassung

Es lässt sich festhalten, dass nach Ansicht des Finanzministeriums die Leistungserbringung auf privatrechtlicher Basis von einer Gemeinde an die Nachbargemeinden bzw. von einem Gemeindeverband an die Mitgliedergemeinden eine unternehmerische Tätigkeit darstellt, die der Umsatzsteuer unterliegt. Die Bildung von Gemeindekooperationen insbesondere im Bereich des Bauhofs werden damit aus wirtschaftlicher Sicht in Frage gestellt, weil damit die verrechneten Personalkosten mit Umsatzsteuer belastet werden, die bei der Gemeinde nur dann als Vorsteuer geltend gemacht werden kann, wenn der Leistungsbezug im Rahmen eines umsatzsteuerlichen BgA erfolgt.



Mag. Dr. Raimund Heiss ist Finanzstadtrat in Neulengbach und Kommunalexperte bei der NÖ Gemeinde Beratungs & SteuerberatungsgesmbH



Absicherung für ehrenamtliche Funktionäre

Leistbares Versicherungsmodell für Wasser- & Abwassergenossenschaftsobleute

von Sotiria Taucher

ur die 1300 Wasserver- und Abwasserentsorgungsgenossenschaften gibt es nun in Niederösterreich ein neues Versicherungspaket: Vor allem Obleute und Vorstandsmitglieder sind damit zu "leistbaren" Konditionen abgesichert. unterstützen wir auch das "Ehrenamt und Bürgerengagement", sagt GVV-Vizepräsident Johannes Pressl. "Denn in den meisten Fällen sind es oft nur wenige Einzelpersonen oder sogar manchmal nur der Obmann, der eine riesige Verantwortung für seine Mitglieder auf seinen Schultern trägt. Rechtlich ist er bei einer Wassergenossenschaft Inverkehrbringer des Lebensmittels Wasser und unterliegt damit auch dem strengen Lebensmittelrecht. Und bei einer Abwassergenossenschaft kommen alle Umwelthaftungsfragen auf den Obmann und seinen Vorstand zu."

Entlastung für Gemeinden

Gemeinsam mit dem Versicherungsmaklerbüro Wagner aus Amstetten und der NÖ Versicherung wurde das Paket entwickelt, das nun auch eine gewisse Absicherung der "Ehrenamtlichen" bringen wird. "Auch wenn ein Obmann nach bestem Wissen und Gewissen handelt, können Fehler passieren, und das darf dann nicht zur Existenzfrage werden", so Pressl, der sich seit einem Jahr um eine bessere Absicherung für die Genossenschaftsverantwortlichen bemüht. Die Motivation der Gemeinden dahinter: Die Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgenossenschaften machen nämlich nicht nur eine perfekte Arbeit, sondern entlasten auch die Gemeinden bei der Erhaltung der Infrastruktur und versorgen die Bürger optimal."

GVV-Präsident Alfred Riedl sieht das Engagement seines Verbandes für die Wasser-&Abwassergenossenschaften noch in einem ganz anderen Licht:

Die Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgenossenschaften entlasten die Gemeinden bei der Erhaltung der Infrastruktur.

"Wir kümmern uns darum, dass wir für freiwilliges Engagement Rahmenbedingungen schaffen, die Bürgerverantwortung und Bürgerbeteiligung in einem immer komplexer werdenden rechtlichen Umfeld möglich machen."

GVV-Präsident Alfred Riedl

Der Versicherungsschutz, den das Paket gewährleistet, umfasst alle Tätigkeiten, Eigenschaften und Rechtsverhältnisse der versicherten Wasserund Abwassergenossenschaften.

"Wir haben 2011 das Jahr der Freiwilligen begangen. Wir kümmern uns laufend darum, dass wir für freiwilliges Engagement Rahmenbedingungen schaffen, die Bürgerverantwortung und Bürgerbeteiligung in einem immer komplexer werdenden rechtlichen Umfeld möglich machen."

Umfangreicher Versicherungsschutz

"Der Versicherungsschutz, den das Paket nun gewährleistet, umfasst auf jeden Fall alle Tätigkeiten, Eigenschaften und Rechtsverhältnisse der versicherten Wasser- und Abwassergenossenschaften", sagt Versicherungsspezialist Franz Wagner von der Wagner Versicherungsmaklerbüro GmbH.

Einige Beispiele, wann die neue Versicherung für Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgenossenschaften dem Obmann und dem Vorstand hilft:

- Beim Tausch eines Wasserzählers durch den Wasserwart im Haus eines Genossenschaftsmitgliedes, kommt es aufgrund eines Fehlers des Wasserwartes zu einem Wasseraustritt,

- wodurch diverse Einrichtungsgegenstände beschädigt werden.
- Aufgrund bakteriologischer Verunreinigungen des Trinkwassers behaupten Genossenschaftsmitglieder eine Gesundheitsschädigung erlitten
- Ein Gebäudeeigentümer behauptet, dass die Setzungsrisse im Mauerwerk seines Hauses durch die Sanierung eines längsseits seines Gebäudes verlaufenden Kanals verursacht wurden.
- Aufgrund heftiger Niederschläge kommt es zu einem Kanalrückstau, wodurch die Kellerräume eines Genossenschaftsmitgliedes verunreinigt
- Eine Wasserversorgungsgenossenschaft kann aufgrund von Reparaturarbeiten einige Mitglieder nicht beliefern. Es wird vergessen, ein Mitglied von der Absperrung zu verständigen, wodurch ein Schaden an dessen Waschmaschine entsteht.
- Durch ein technisches Gebrechen wird ungereinigtes Wasser in einen Bach eingeleitet, wodurch es zu einem Fischsterben kommt.
- Ein Gebäudeeigentümer behauptet, dass die Durchfeuchtung seiner Kellermauer durch eine mangelhafte Leitung der Wassergenossenschaft, die längsseits seines Gebäudes verläuft, verursacht wurde.



Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgenossenschaften in Niederösterreich

- Es gibt rund 1300 Genossenschaften vorwiegend Wasserversorgungsgenossenschaften. In den letzten Jahren ist die Zahl der Abwasserentsorgungsgenossenschaften stark angestiegen.
- Genossenschaften sind Zusammenschlüsse, die nicht auf Gewinn gerichtet sind und mit denen Bürger Infrastrukturprojekte organisieren.
- Ein Obmann und sein Vorstand tragen die gesamte Verantwortung für die Genossenschaftsmitglieder - in vielen Fällen arbeiten Obleute und Vorstände ehrenamtlich ohne besondere Entschädigung.
- Vor allem im westlichen Niederösterreich (Mostviertel) und im Waldviertel sind Genossenschaften bei Wasserver- und Abwasserentsorgung verstärkt anzutreffen.

Interessierte Genossenschaftsobleute können sich über das Versicherungspaket direkt bei Vertretern der NÖ Versicherung oder beim Versicherungsmaklerbüro Wagner in Amstetten erkundigen.



Mag. Sotiria Taucher Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei Niederösterreich



Vor allem im Bereich des Bauverfahrens wird von Seiten der Gemeinden immer wieder versucht – offenbar um einer Berufung zu entgehen –, baupolizeiliche Anordnungen durch ein formloses Schreiben an den Adressaten zu verfügen.

Kann man gegen formlose Schreiben berufen?

Auch formlose Erledigungen können als Bescheide anzusehen sein

von Roman Häußl

ie Untersagung der Fortsetzung der Ausführung eines Bauvorhabens (Baustopp) nach § 29 NÖ Bauordnung 1996, die Erteilung eines baupolizeilichen Auftrages nach § 33 leg.cit oder die Verfügung des Abbruches eines Bauwerkes nach § 35 NÖ Bauordnung 1996, um nur einige zu nennen, haben mittels Bescheid zu erfolgen.

Wie der Inhalt und die Form eines Bescheides auszusehen haben, ist im § 58 AVG für den Verwaltungsbereich und im § 93 BAO für Abgabenangelegenheiten nachzulesen.

Prof. Dr. Roman Häußl ist Konsulent der Nistelberger & Parz Rechtsanwälte OG



Ungeachtet dessen, wird vor allem im Bereich des Bauverfahrens von Seiten der Gemeinden immer wieder versucht – offenbar um einer Berufung zu entgehen –, derartige baupolizeiliche Anordnungen durch ein formloses Schreiben an den Adressaten zu verfügen.

Die Auffassung, dass diesfalls keine Berufung möglich ist, da Berufungen nur gegen Bescheide zulässig sind, widerspricht der ständigen Rechtssprechung des Verfassungsgerichtshofes. Danach sind auch formlose Erledigungen als Bescheide anzusehen, wenn sie ihrem Inhalt nach gegenüber individuell bestimmten Personen Verwaltungsangelegenheiten normativ regeln, d. h., wenn sie bindend die Gestaltung oder Feststellung von Rechtsverhältnissen zum Inhalt haben.

Ein Schreiben mit dem Inhalt "Die Baubehörde hat die Fortsetzung der Ausführungen eines Bauvorhabens zu untersagen, wenn die dafür notwendige Baubewilligung (§ 23 in Verbindung mit § 14 NÖ Bauordnung) oder Anzeige (§ 15 NÖ Bauordnung) nicht vorliegt. Somit ist

die Baubehörde verpflichtet, eine unverzügliche (mit Zustellung dieses Schreibens) Einstellung der diesbezüglichen Bautätigkeit zu veranlassen – die Bauarbeiten sind also sofort einzustellen." ist demnach als Bescheid im Sinne der ständigen Judikatur des Verfassungsgerichtshofes zu werten. Es war daher nicht erstaunlich, dass die betroffenen Adressaten gegen dieses Schreiben eine Berufung eingebracht haben. Über diese wird der Gemeindevorstand der betreffenden Gemeinde als Berufungsinstanz zu entscheiden haben.

Kein Bescheid ist allerdings die Lastschriftanzeige nach § 227 Abs. 4 BAO. Eine Berufung dagegen ist jedenfalls unzulässig.

Auf Grund der dargelegten Judikatur des Verfassungsgerichtshofes sind Berufungen gegen formlose Schreiben einer Gemeinde dann zulässig, wenn es sich ihrem Charakter nach um einen individuellen Hoheitsakt handelt, also wenn mit einem solchen Schreiben über Verwaltungs- oder Abgabenangelegenheiten individuelle bestimmter Personen entschieden wird.

ecoplus Zukunftsakademie Mostviertel

Sichert Arbeitsplätze und ist entscheidender Motor für die regionale Wirtschaft

or über drei Jahren gegründet, verfügt die Zukunftsakademie Mostviertel bereits über ein starkes Netzwerk zwischen Wirtschaft und den öffentlichen Behörden. "Die Entwicklung des Wirtschafts- und Technologiestandorts Mostviertel und der Ausbau dieses Netzwerks mit Unterstützung unserer Wirtschaftsagentur ecoplus ist dem Land Niederösterreich ein Anliegen", sagt Wirtschafts- und Technologielandesrätin Petra Bohuslav.

Seit Februar 2009 haben fast 1000 Interessierte Veranstaltungen der Zukunftsakademie besucht. 50 Mostviertler Unternehmen haben sich in diesen drei Jahren an Projekten beteiligt. Seit 1. Jänner 2012 kooperiert der gemeinnützige Verein Zukunftsakademie Mostviertel mit ecoplus, der Wirtschafts-



ecoplus Geschäftsführer Helmut Miernicki, Wirtschaftslandesrätin Petra Bohuslav, Andreas J. Ludwig (Verein Zukunftsakademie) und die stellvertretende ecoplus Aufsichtsratsvorsitzende LAbg. Michaela Hinterholzer

agentur des Landes Niederösterreich. Damit steht dem Netzwerk ein starker Partner zur Verfügung, der im Mostviertel stark vertreten ist.

Kursprogramm der **Zukunftsakademie Mostviertel** www.zukunftsakademie.or.at

Nach neun Jahren wieder in NÖ

Nur noch zwei Monate bis zum 59. Gemeindetag

rstmals seit neun Jahren findet der Österreichische Gemeinded tag in Niederösterreich statt. Damals war Wiener Neustadt Austragungsort.

Vom 12. bis 14. September findet Österreichs größtes kommunalpolitisches Event nun in der Messestadt Tulln statt. Für die Festveranstaltung am Freitag haben Bundespräsident Heinz Fischer, Vizekanzler Michael Spindelegger sowie Landeshauptmann Erwin Pröll ihr Kommen angekündigt.

Die Fachtagung am Donnerstag stellt heuer die Frage "Stockt der Wirtschaftsmotor Gemeinde?"

Informationen www.gemeindetag.at







Kommunalmesse: Ein Tag nur für die Praktiker

Bürgermeister dürfen Mitarbeitern für den Messebesuch dienstfrei geben

pie heurige Kommunalmesse wird am Mittwoch, 12. September, um 9.30 Uhr von Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer feierlich eröffnet.

Der erste Messetag steht im Zeichen der Praktiker, die dort neue Geräte und Anwendungen ausprobieren können. Die Leute vom Gemeindefuhrpark, aus den Wasserwerken, vom Bauhof und aus der Verwaltung haben also die Möglichkeit, die für sie wichtigen Neuerungen zu testen.

Laut den NÖ Gemeindedienstrechtsgesetzen dürfen Bürgermeister Mitarbeitern, die die Kommunalmesse besuchen wollen, für diesen Tag einen Sonderurlaub gewähren. Das wurde auch in einem gemeinsamen Schreiben der Gemeindevertreterverbände von ÖVP und SPÖ klargestellt.

Diese Möglichkeit wird von zahlreichen Orten genutzt. So kommt etwa aus dem Waldviertler Großdietmanns die ganze Mannschaft auf die Messe. "Der Praxistag bringt Brauchbares und Greifbares von Praktikern für Praktiker. Wir kommen mit dem gesamten Team und sperren für einen Tag das Gemeindeamt zu", freut sich Amtsleiter Josef Pruckner. Am Mittwoch, den 12. September und am Donnerstag, den 13. September veranstaltet die Einkaufsplattform

FLGÖ-Fachtagung

Für Amtsleiter und andere leitende Gemeindebedienstete findet im Rahmen der Kommunalmesse die Bundestagung des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten Österreichs statt.

Anmeldungen dafür sind unter www.gemeindetag.at möglich.



Die Kommunalmesse 2012 wird am Messegelände Tulln in den Hallen 6 und 10 sowie am Freigelände zwischen den Hallen über die Bühne gehen.

Kommunalbedarf.at ein Eisstockschießen auf der Kunsteislaufbahn von Greenice. Die Hypo bietet als Gewinn beim Eisstockschießen eine Ballonfahrt

"Wir kommen mit dem gesamten Team und sperren für einen Tag das Gemeindeamt zu."

> Josef Pruckner, Amtsleiter der Gemeinde Großdietmanns

Am Donnerstag wird um 11 Uhr vor der Halle 10 der 59. Gemeindetag offiziell eröffnet. Mit dabei sind Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer mit seinen beiden Vizepräsidenten Alfred Riedl und Rupert Dworak, der niederösterreichische Umweltlandesrat Stephan Pernkopf sowie der Tullner Bürgermeister Peter Eisenschenk. Anschließend findet ein Messerundgang statt.

Ein Höhepunkt ist die Fachtagung in Halle 6. Dabei versuchen die Diskutanten – unter anderem Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Bauernbund-Chef (und selbst langjähriger Bürgermeister) Jakob Auer und Gemeindebund-Präsident Mödlhammer – die Frage zu beantworten "Stottert der Wirtschaftsmotor Gemeinde?"

Ab 19.30 Uhr findet dann in Halle 5 der traditionelle Galaabend des Gemeindebundes statt.

Traditioneller Festakt am Freitag

Am Freitag, 14. September, ist die Kommunalmesse ab 9 Uhr geöffnet. Um 9.30 beginnt in Halle 5 der offizielle Festakt zum Gemeindetag. Landeshauptmann Pröll wird Grußworte an die Teilnehmer des Gemeindetages richten. Im Anschluss daran wird Bundespräsident Heinz Fischer sprechen. Die offizielle Festrede hält Vizekanzler Michael Spindelegger.

Danach gibt es noch bis 15 Uhr die Möglichkeit, die Kommunalmesse zu besuchen.

Anmeldung und Freikarten für den Praxistag

E-Mail: messe@kommunal.at Tel.: 01/532 23 88-0

entgeltliche Einschaltung

Kommunale Sommergespräche

Gestaltungsspielräume in Zeiten knapper Budgets

om 25. bis 27. Juli treffen einander wieder zahlreiche an Kommunalpolitik Interessierte in Bad Aussee, um über gemeinderelevante Zukunftsthemen zu diskutieren. Themen sind heuer die Gestaltungsspielräume in Zeiten knapper Budgets und die Grenzen der öffentlichen Hand.

Referate gibt es u. a. zu den Themen

- "Small is beautiful Die neuen Spielregeln in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft" von Prof. Klaus Schweinsberg
- "Freiwilligenarbeit zur Entlastung der Gemeindebudgets?" von Eva More-Hollerweger
- "Politik als Mission Impossible? –
 Erwartungshaltungen und Gestaltungsfähigkeit" von Peter Filzmaier.
 Darüber hinaus gibt es wieder Foren, in denen die Teilnehmer mit Experten

aus den unterschiedlichsten Bereichen diskutieren können. Einige Beispiele: "Strafrechtliche kommunale Haftung", "Baulandmobilisierung & Raumplanung" oder "Berufsbild Bürgermeister".





Das "Alpbach der Gemeinden" hat sich seit seiner ersten Austragung vor sieben Jahren zu einem Fixpunkt des kommunalpolitischen Sommers entwickelt.

Notruftelefon Sommeraktion

In den Monaten Juli und August zahlen Sie keine Anschlussgebühr

Sie möchten in den Urlaub fahren, aber Ihre Familie zuhause nicht unversorgt wissen. Mit dem Hilfswerk-Notruftelefon sind Ihre Angehörigen in ihren eigenen vier Wänden rund um die Uhr sicher. Ein Knopfdruck genügt und in der Notrufzentrale läuten die Alarmglocken. Da alle Daten, wie Name, Alter oder Krankheiten gespeichert sind, können die Mitarbeiter/innen rasch Hilfe holen.

Beruhigt in den Sommerurlaub

Das Notruftelefon können Sie in ganz Österreich mit in den Urlaub nehmen! Sie brauchen am Urlaubsort einen Stromanschluss, optional auch einen Telefonanschluss. Bitte geben Sie Ihre aktuellen Daten am Urlaubsort bekannt! Das Notruftelefon gibt Menschen mehr Bewegungsfreiraum durch Sicherheit und somit auch ein Stück mehr Lebensqualität. Als Armband oder Kette getragen, ist das Notruftelefon immer zur Stelle, wenn es gebraucht wird, ohne zu stören. Sollte etwas passieren, ist Hilfe nur einen Knopfdruck entfernt.

Für mehr Sicherheit und Komfort im Alltag

- Mit der Servicetaste am Notruftelefon können Sie täglich von 8-17 Uhr Zusatzleistungen wie z. B. Erinnerungsalarme bestellen.
- Das praktische Orientierungslicht Lunetta mit Helligkeitssensor zur Sturzvorbeugung in der Nacht leuchtet für Sie im Dunkeln.
- Der Rauchmelder erkennt eine Rauchentwicklung rechtzeitig und sofort



Das Notruftelefon gibt Menschen ein Stück mehr Lebensqualität.

ertönt ein lauter Warnton. Zeitgleich wird in der bewährten Notrufzentrale automatisch ein Feueralarm ausgelöst.

Information

Hilfswerk-Hotline o8oo 8oo 4o8 www.hilfswerk.at



Bürgerservice und Effizienz

Das Zentrale Personenstandsregister soll im April 2013 starten

von Bernhard Haubenberger

it Beschluss des Ministerra-

tes vom 11. Mai 2010 wurde der Startschuss zur Errichtung eines Zentralen Personenstandregisters gesetzt. Mit Einführung des Systems sollen Personenstandfälle zentral erfasst werden. Geplanter Starttermin ist der 1. April 2013. Seit Herbst 2011 arbeitet eine Exper-

tengruppe, zusammengesetzt aus Vertretern der Länder, Gemeinden, des Bundeskanzleramtes, der Statistik Austria, des Fachverbandes der Standesbeamten und des Innenministeriums als Projektteam an der Entstehung des Zentralen Personenstandregisters, kurz: ZPR.

Jede Änderung der Lebenssituation wird registriert

Mit Einführung des ZPR wird eine Person mit dem Personenstandsfall, z. B. der Geburt, im System erfasst werden. Ändert sich die Lebenssituation des Menschen – etwa auf Grund einer Verehelichung oder einer Namensänderung - so wird diese Änderung im ZPR seinen Niederschlag finden. Das System wird daher die Bücher (Geburtenbuch, Ehebuch und Sterbebuch) in der bisherigen Form ablösen.

Soweit andere Behörden Informationen benötigen, werden sie in der Lage sein, auf die im System verfügbaren Informationen zuzugreifen. Durch diese Neuerung soll es möglich sein, dem Bürgerservicegedanken stärker Rechnung zu tragen, aber auch das Arbeiten der Behörden soll erleichtert werden. Nach wie vor erfolgen Mitteilungen zwischen den Behörden in Papierform. Um die Evidenzen aktuell zu halten und die gesetzlich auferlegten Mitteilungspflichten zu erfüllen, sind jährlich mehr als eine Million Poststücke notwendig. Durch das Zentrale Personenstandsregister sollen bisherige postalische Mitteilungen an andere Behörden minimiert werden.

Urkundennachweis fällt weg

Für die Bürger bedeutet die Umsetzung des Projektes den Wegfall des Urkundennachweises bei verschiedenen zugriffsberechtigten Stellen und den Zugang zu Dokumenten unabhängig von örtlichen Gegebenheiten. Derzeit sind Bürger angehalten, etwa im Fall einer Eheschließung mehrere Personenstandbehörden aufzusuchen. Das wird in Zukunft mit Einführung des ZPR, das den One-Stop-Shop, aber auch den E-Government Gedanken fortsetzt, der Vergangenheit angehören.

Da ein derart umfassendes Projekt mit weitreichenden und komplexen legistischen Maßnahmen einhergeht, werden überdies Überlegungen angestellt, die zukünftigen Verwaltungsabläufe auch im Bereich des Staatsbürgerschaftswesens (Führung Staatsbürgerschaftsevidenzen, Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen) sowie die dahinterstehenden Organisationsstrukturen im Sinne der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit so effizient wie möglich zu gestalten.



Mit Einführung des ZPR wird eine Person mit dem Personenstandsfall, z.B. der Geburt, im System erfasst werden.

Ineffizienzen beseitigen

Viele Gemeinden haben sich zur gemeinsamen Besorgung der Aufgaben des Standesamts- und des Staatsbürgerschaftswesens zu Verbänden zusammengeschlossen und konnten in der Vergangenheit durch den verbandsmäßigen Zusammenschluss bereits beträchtliche Synergien erzielen.

Das System wird die Bücher (Geburtenbuch, Ehebuch und Sterbebuch) in der bisherigen Form ablösen.

Da aber all jene Gemeinden, die Standesamtsverbände bilden, parallel Staatsbürgerschaftsverbände (müssen), die rechtlich und auch organisatorisch selbständige und von den Standesamtsverbänden unabhängige Rechtsträger sind, ergeben sich Ineffizienzen, die es im Zuge der Erarbeitung des ZPR durch Einbindung der Staatsbürgerschaftsevidenzen noch zu beseitigen gilt.





Rechtstipps aus der Praxis

Prüfbericht der Aufsichtsbehörde



Franz Nistelberger

rundsätzlich gilt, dass die NÖ
Landesregierung als Aufsichtsbehörde das Recht hat, die
Gebarung der Gemeinde einschließlich ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen sowie der in der Verwaltung der Gemeinde stehenden selbständigen Stiftungen und Fonds auf ihre Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen.

Das Ergebnis der Überprüfung ist dem Bürgermeister zur Vorlage an den Gemeinderat zu übermitteln. Der Bürgermeister hat die aufgrund des Überprüfungsergebnisses getroffenen Maßnahmen innerhalb von drei Monaten der Aufsichtsbehörde mitzuteilen (vgl. § 89 NÖ Gemeindeordnung 1973).

Erfahrungsgemäß kommt es im Prüfbericht der Aufsichtsbehörde zu

diversen Hinweisen auf Ordnungsund Rechtswidrigkeiten. Diese werden dann des Öfteren von anderen Fraktionen dazu "benutzt", um der Mehrheitsfraktion ein rechtswidriges Verhalten in der Verwaltung der Gemeinde zu unterstellen. In der Regel ist es aber so, dass diverse, im Prüfbericht enthaltene Ordnungs- und Rechtswidrigkeiten lediglich Verstöße gegen Organisationsvorschriften enthalten. Wäre es anders, so wäre bereits die Aufsichtsbehörde dazu verpflichtet, Strafanzeige zu erstatten; dies deshalb, weil die Beamten der Aufsichtsbehörde anzeigepflichtig sind. Die wissentliche Unterlassung einer Strafanzeige würde die Beamten der NÖ Landesregierung selbst strafrechtlich verantwortlich machen.

Es lässt sich daher festhalten, dass hinsichtlich der im Prüfbericht der Aufsichtsbehörde enthaltenen Ordnungsund Rechtswidrigkeiten dann kein strafrechtliches Substrat vorliegt, wenn im Zusammenhang mit diesem Prüfbericht keine Strafanzeige durch die Aufsichtsbehörde erstattet worden ist. Der Bürgermeister bzw. der Gemeinderat ist aber dennoch dazu verpflichtet, die von der Aufsichtsbehörde aufgezeigten Regelverstöße zu beheben und der Aufsichtsbehörde hierüber zu berichten, dass die beanstandeten Verstöße behoben bzw. in Hinkunft in der Verwaltung der Gemeinde sichergestellt ist, dass diese nicht mehr auftreten können.

Dr. Franz Nistelberger ist Verbandsanwalt des Gemeindevertreterverbandes der VPNÖ



Die Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich



Ein Land schafft Zukunft. Vor 25 Jahren wurde die Regionalförderung in Niederösterreich beschlossen. Seitdem hat ecoplus mehr als 2.100 Projekte unterstützt: kommunale Investitionen und touristische Leitprojekte, Betriebs- und Gewerbegebiete, Innovations- und Zukunftszentren. Auch in Zukunft öffnen wir neue Möglichkeiten für die Entwicklung unserer Regionen. Die Regionalförderung und ecoplus.

www.ecoplus.at

ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH, Niederösterreichring 2, Haus A, 3100 St. Pölten





Vor allem mit der Altpapierentsorgung sind die Österreicher sehr zufrieden.

Österreicher vertrauen der öffentlichen Abfallwirtschaft

Gallup-Studie über Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Müllentsorgung

aut einer aktuellen Gallup-Studie trauen 78 Prozent der Österrei-Icher den öffentlichen Abfallwirtschaftsorganisationen eine gut funktionierende, verantwortungsvolle und umweltfreundliche Abfallentsorgung und Wertstoffsammlung zu. Eine klare Mehrheit votiert auch gegen eine Privatisierung der öffentlichen Abfallentsorgung. "Wir sehen die Studienergebnisse als klaren Auftrag, weiterhin eine seriöse und nachhaltige Daseinsvorsorge zu betreiben", sagt der Bundesobmann der ARGE österreichische Abfallwirtschaftsverbände, Josef Moser, der auch Bürgermeister der oberösterreichischen Gemeinde Schlägl ist.

In der Studie wurden auch die spontanen Assoziationen zu Abfallentsorgung und Wertstoffsammlung abgefragt: An erster Stelle stehen mit 39 Prozent Mülltrennen und Recycling, erst an zweiter Stelle mit 28 Prozent die "normale" Müllentsorgung. "Mülltrennen ist den Österreichern wichtiger als entsorgen", interpretiert Johann Mayr, Bundeskoordinator der ARGE Abfallwirtschaft, dieses Ergebnis.

Mit persönlicher Abfallsituation sehr zufrieden

62 Prozent der Österreicher assoziieren mit Abfallentsorgung und Wertstoff-

sammlung ihre Gemeinde-Müllabfuhr oder ihre öffentliche Ortsorganisation. Laut der Studie ist für insgesamt 80 Prozent der Österreicher das Thema Abfallentsorgung und Mülltrennung wichtig. Erfreut ist Josef Moser über die Zufriedenheit der Österreicher mit ihrer persönlichen Abfall-Entsorgungs- und Mülltrennungs-Situation: 85 Prozent vergeben dafür die die Noten 1 oder 2. Bei der Frage nach der Zufriedenheit bei den einzelnen Entsorgungs- und Sammelleistungen ergab die Studie neben generell guter (Schul-)Noten für alle Einzelleistungen ein differenziertes Bild: Während die Zufriedenheit mit den Leistungen bezüglich Altpapier (höchste Zufriedenheit), Restmüll, Altglas und Kunststoff zwischen den Noten 1,57 und 1,79 liegt, liegt sie bei Metall, Problemstoffen, Sperrmüll und Aufklärung über Abfallvermeidung/Mülltrennung zwischen 2,02 und 2,20.

Besseres Image von öffentlichen Entsorger

Die Gallup-Studie ergab auch, dass 79 Prozent der Österreicher die Verantwortung für Abfallvermeidung, -trennung, -entsorgung und Wertstoffsammlung bei öffentlichen Organisationen (Gemeinden und Verbänden) sehen und nur 14 Prozent bei privaten Firmen. Im Imagevergleich von öffentlichen Organisationen und privaten Firmen im Bereich Abfallentsorgung/Wertstoffsammlung liegen die Öffentlichen in fast allen Bereichen besser

Moser hat die Initiative VWM – Verantwortungsvolles Wertstoffmanagement ins Leben gerufen um "gemeinsam mit Fachleuten und unter Zuhilfenahme von Studien offene Probleme aufzuzeigen, Lösungen anzubieten und Menschen in eine für uns alle positive Richtung zu bewegen." Er fordert von der Regierung und allen politisch Verantwortlichen:

- Ein klares Bekenntnis zu nachhaltigem Abfall- und Wertstoffmanagement
- Die Aufnahme der Abfallwirtschaft in den Infrastruktur-Report
- Unterstützung bei der Durchsetzung von verantwortungsvollen Rahmenbedingungen

Gemeindebund-Generalsekretär Walter Leiss: "Die Umfrage bestätigt in eindrucksvoller Weise die Wertschätzung der Bevölkerung für die Leistungen, die von den Gemeinden und der öffentlichen Abfallwirtschaft tagtäglich erbracht werden."

Bevölkerungswachstum in den Gemeinden zu gering

Viele Kommunen erhalten 2012 weniger Ertragsanteile

ergleicht man die österreichweite Entwicklung der Zuwanderung und Abwanderung mit den einzelnen Gemeinden, so ergibt sich ein recht besorgniserregendes Bild: Die Mehrheit der Gemeinden ist 2011 nicht genug gewachsen, um 2012 Ertragsanteile in der gleichen Höhe zu erhalten.

Durchschnittlich verzeichnete Österreich 2011 einen Bevölkerungszuwachs von 0,4 Prozent. Da die Bevölkerungszählung seit der Abschaffung der Volkszählung nicht mehr alle zehn Jahre durchgeführt wird, sondern nun jährlich die neuesten Bevölkerungszahlen zur Verfügung stehen, haben Abwanderung und Zuwanderung auch unmittelbare Auswirkungen auf die Finanzen der Gemeinden.

Wachstum von 0,4 Prozent als Richtschnur

Das Wachstum von über oder unter 0,4 Prozent innerhalb eines Jahres dient den Gemeinden als Richtschnur, ob sie mit mehr oder weniger Ertragsanteilen rechnen können. Das bedeutet: Entwikkelt sich eine Gemeinde unter dem bundesweiten Bevölkerungswachstum, so verliert eine Gemeinde bereits an Ertragsanteilen.

Das einzige Bundesland, das gleich viele Gemeinden über der Wachstumsgrenze von 0,4 Prozent wie darunter hat, ist Salzburg. Hier stehen 60 Gemeinden mit einem Wachstum unter 0,4 Prozent 59 Gemeinden mit einem Wachstum über diesem Wert gegenüber. Auch Vorarlberg und Tirol zählen hier noch zu jenen Gemeinden, in denen sich das Verhältnis ungefähr die Waage hält. Im Burgenland beträgt die Anzahl der Gemeinden, die über dem Bevölkerungswachstum von 0,4 Prozent liegen, 74 Gemeinden – 97 Gemeinden liegen jedoch darunter. Noch größer sind die Unterschiede in Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark.

Die meisten Gemeinden, die unter 0,4 Prozent gewachsen sind, liegen jedoch in Kärnten: Nur 28 von 132 Kärntner Gemeinden werden mit einem Steigen ihrer Einnahmen kalkulieren können.

Blick auf den Zehnjahresvergleich lohnt sich

Da jedoch im Einjahresvergleich die Zahl der Zuwanderungs- und der Abwanderungsgemeinden schwanken kann, lohnt sich ein Blick auf den Zehnjahresvergleich zwischen 2002 und 2012, um einen Trend erkennen zu können. Da dieser für die

Entwicklung der Ertragsanteile für 2012 keine Auswirkung mehr hat, ist es hier besser, auf die reinen Plus oder Minus vor den Prozentbereichen zu schauen. Im Langzeitvergleich entschärft sich das triste Bild der Bevölkerungsentwicklung wieder etwas. Von 2002 bis 2012 hatten nämlich nur Kärnten und die Steiermark um einiges mehr Abwanderungs-wie Zuwanderungsgemeinden. Die restlichen Gemeinden in Niederösterreich, Oberösterreich oder Vorarlberg konnten großteils über die letzten zehn Jahre an Einwohnern zulegen. Das Ergebnis in der Steiermark und Kärnten ist jedoch recht besorgniserregend: In Kärnten gibt es demnach 99 Abwanderungs- und nur 33 Zuwanderungsgemeinden; in der Steiermark stehen 342 Abwanderungsgemeinden 194 Zuwanderungsgemeinden gegenüber. Sechs steirische Gemeinden konnten ihre Einwohner über die letzten zehn Jahre auf dem gleichen Stand halten.

Österreichweit gibt es dennoch von 2002 bis 2012 1.261 Gemeinden, deren Bevölkerungszahl gestiegen ist, in 13 Gemeinden ist sie gleich geblieben und in 1.082 Kommunen sind die Einwohnerzahlen in den letzten zehn Jahren geschrumpft.

Wie viele Gemeinden liegen über der 0,4 Prozent Richtschnur, wie viele drunter?

	Bgld.	K	NÖ	0Ö	S	Stmk.	T	Vbg.	Gesamt
> 0,4%	74	28	238	172	59	172	136	40	919
< 0,4%	97	104	335	272	60	370	143	56	1.437

In welchem Bundesland gibt es 2002 bis 2012 wie viele Zu- oder Abwanderungsgemeinden

	Bgld.	K	NÖ	0Ö	S	Stmk.	T	Vbg.	Gesamt
Zuwanderung	89	33	330	284	79	194	187	65	1.261
Gleich	1	0	3	1	0	6	2	0	13
Abwanderung	81	99	240	159	40	342	90	31	1.082



Teilnehmer des Lehrgangs PM mit Prüfungskommission (Christine Leitner, Harald Bachhofer und Herbert Salaun)

16 neue **Public Manager**

Kooperationen der Kommunalakademie tragen Früchte

von Franz Oswald

Die Kooperationen unserer NÖ Kommunalakademie mit Einrichtungen der Wissenschaft und des Energie- und Umweltmanagements tragen reiche Früchte. Sie kommen der weiteren Qualitätssteigerung der Gemeindearbeit und damit den GemeindebürgerInnen zugute. Das ist entscheidend", zieht der Vorstandsvorsitzende der Kommunalakademie,

Christian Schneider, eine höchst positive Bilanz der jüngsten Erfolge dieser Kooperationen:

- 16 Teilnehmer haben den zweiten "Public Management"-Kurs an der Donau-Universität Krems erfolgreich absolviert (nähere Informationen siehe unten).
- Mit der NÖ Energie- und Umweltagentur gab es eine hervorragend besuchte Veranstaltung mit dem Ziel
- der Installierung eines Energie-Beauftragten in jeder Gemeinde (siehe dazu den Beitrag "Energieeffizienzgesetz" auf der nächsten Seite).
- Die Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Heimatwerk und der Donau-Uni Krems führte zum Gewinn des Pröll-Zukunftspreises "Meilenstein" für Kommunales Bildungsmanagement (Bericht auf der übernächsten Seite).

Der "Public Management"-Kurs für Führungskräfte in der kommunalen Verwaltung

Der "Public Management"-Kurs ist eine wissenschaftlich fundierte Ausbildungsschiene für Führungskräfte in der kommunalen Verwaltung, die im Zusammenwirken mit der Kommunalakademie erfolgt. In sechs Ausbildungsmodulen, aufgeteilt auf 19 Tage in zwei Semestern, vermittelt die Ausbildung folgende Wissensgebiete: Management-Strategien, Amtsleiter als Manager, Dienstleistungsmodelle mit Hilfe von Technologie, Finanzielle Steuerung und entsprechende Instrumente dafür sowie Kommunikation als Schlüsselfaktor.

Die Themen der diesmaligen Abschlussarbeiten reichten von der Einführung Interner Kontrollsysteme über Organisationsentwicklung, Einführung des ELAK bis hin zu Kooperationsprojekten zwischen Gemeinden.

Die 16 Teilnehmer, davon 13 aus Niederösterreich, weitere aus Oberösterreich, der Steiermark sowie eine Teilnehmerin von der Universität Mainz, zeigten sich vom Bildungsangebot beeindruckt. Dazu drei Stimmen:

- Bürgermeister Karl Grammanitsch aus Lassee: "Die in den Modulen gebotenen Inhalte sind für eine moderne Kommunalverwaltung unerlässlich."
- Amtsleiter Christian Kohlhauser, St.
 Johann in der Haide, Steiermark: "Public Management gewährleistet, auch im Hinblick auf die Gemeindestrukturreform in der Steiermark, eine leistungs- und bürgerorientierte Verwaltung."
- $\, Friedrich \, Winkler, Stadtamtsdirektor \,$

Bürgermeister Karl Grammanitsch, Lassee: "Die in den Modulen gebotenen Inhalte sind für eine moderne Kommunalverwaltung unerlässlich."



Weitra: Der Anwendungsbezug, aber auch der fachliche Austausch der Kollegenschaft macht diese Ausbildung so wertvoll.

Der nächste Kurs für Public Management beginnt am 7. November 2012.

Anmeldung

Gerlinde Ecker Msc Donau-Uni Krems Karl-Dorrek-Straße 30 Tel.: 02732/893-2471.

Energie-Beauftragte für Gemeinden

200 Gemeindevertreter informierten sich über das Energieeffizienzgesetz

nine mit mehr als 200 Teilneh-**→** mern aus Gemeinden bestens **⊿** besuchte Informationsveranstaltung der NÖ Energie- und Umweltagentur im Zusammenwirken mit der Kommunalakademie NÖ informierte kürzlich im NÖ Landhaus über die Auswirkungen des NÖ Energieffizienzgesetzes auf die Gemein-

Die aktuellen Fragen dazu: Wer soll die Aufgaben eines kommunalen Energie-Beauftragten übernehmen? Wie funktioniert die Energiebuchhaltung? Und wie wirkt sich überhaupt das neue im November 2011 beschlossene Gesetz auf die Gemeinden aus?

Um vorgesehene Maßnahmen in den Gemeinden umzusetzen, bietet die Agentur zusammen mit der Kommunalakademie den Gemeinden ein umfassendes Beratungsangebot einschließlich derartiger Info-Veranstaltungen an. Agentur-Geschäftsführer Herbert Greisberger dazu: "Eine Schlüsselrolle spielt der künftige Energie-Beauftragte. Es ist wichtig, dass in jeder Gemeinde enga-



Das neue Energieeffizienzaesetz wirft viele Fragen auf, die von der Energie- und Umweltagentur und der Kommunalakademie beantwortet werden.

gierte, kompetente Personen mit dieser Aufgabe betraut werden, denn sie sind der Schlüssel zur erfolgreichen Umsetzung des Energieeffizienzgesetzes in den Gemeinden." Ähnlich auch Energie-Landesrat Stephan Pernkopf: "Die Gemeinden sind wichtige Partner bei Umsetzung der NÖ Energieziele, daher ist Information sowie Zusammenarbeit mit Agentur und Akademie entscheidend."

In seiner Begrüßungsrede verwies der Direktor der Kommunalakademie, Harald Bachhofer, auf die ständige Ausweitung des Akademie-Angebotes zu allen für die Gemeinden relevanten Themen.

Ausbildungskurse

Ab Oktober bietet die NÖ Energie- und Umweltagentur in den fünf Hauptregionen Niederösterreichs Ausbildungskurse für Energiebeauftragte an.

Die Termine:

- NÖ-Mitte: Sankt Pölten, 4.-6. sowie 18. und 19. Oktober
- Industrieviertel: Wr. Neustadt, 11.-13. sowie 22. und 23. Oktober
- Mostviertel: Amstetten, 29.-31. Oktober sowie 15. und 16. November 2012
- Waldviertel: Großschönau, 8.-10. sowie 22. und 23. November 2012
- Weinviertel: Hollabrunn, 29. Nov. bis 1. Dez. sowie 6. und 7. Dezember 2012

Auskünfte und Anmeldung:

Umwelt-Gemeinde-Service, Tel. 02742/221444



Dr. Erwin Pröll-Zukunftspreis

"Meilenstein" für kommunales Management

er "Meilenstein" des Dr. Erwin Pröll-Zukunftspreises, und zwar in der Kategorie "Kultur & Qualifikation", ging an das Kommunale Bildungsmanagement.

Dieses Management ist ein flexibles, praxisnahes, in Form von Modulen angebotenes Qualifizierungsprogramm für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung sowie für Bildungsbeauftragte in den Gemeinden.

Konzipiert und trainiert wird das gesamte Programm von einer Arbeitsgemein-

Informationen

Regionalverband NÖ-Mitte Tel. 0676-812 20 32 E-Mail: kbm@noe-mitte.at schaft, bestehend aus NÖ Bildungs- und Heimatwerk, Kommunalakademie NÖ sowie Donau-Universität Krems. Abgewickelt wird das Bildungsprojekt vom Regionalverband NÖ-Mitte zusammen

mit 15 Leader-Gruppen – somit einmal mehr ein erfolgreiches Ergebnis der von der Kommunalakademie auf verschiedenen Gebieten forcierten Kooperation. Wichtig dabei: Das kommunale Bildungsmanagement vermittelt nützliches Rüstzeug für

die Gemeindearbeit und ermöglicht so eine noch kompetentere Gestaltung der kommunalen Arbeit.

Christian Schneider, Vorsitzender der

Kommunalakademie, zeigt sich hocherfreut über diese Auszeichnung: "Die Intention dieses Preises, Einzelpersonen ebenso wie Gemeinden zu ermuntern, über die Zukunft nachzudenken, deckt

"Die Intention dieses

Preises (...) deckt sich

voll mit den Über-

legungen unserer

Kommunalakademie."

Christian Schneider.

Vorsitzender der

Kommunalakademie

sich voll mit den Überlegungen unserer Kommunalakademie. Dazu kommt noch der Gedanke der Kooperation von Einrichtungen mit ähnlicher Zielrichtung."

Dieses kommunale Bildungsprojekt läuft noch bis Ende 2013. Die Veranstalter laden

alle Interessentinnen und Interessenten ein, sich über Details und Formate dieses Programms zu informieren und sich anzumelden.



Kosteneinsparungen durch Umweltmanagement

Der MBA-Lehrgang "Management & Umwelt"

er postgraduale Lehrgang "Management & Umwelt" hat sich seit 1991 bewährt. Ab heuer bietet er seinen Teilnehmerinnen und Teilnehmern noch weiter reichende Erfolgsaussichten. Erstmals wird der Lehrgang in Kooperation von Umwelt Management Austria (UMA) und der Universität für Bodenkultur (BOKU) durchgeführt. Absolventen erhalten nun den anerkannten Abschluss "MBA Environmental Management".

Ziele und Methoden

Durch den effizienten Einsatz von Ressourcen lassen sich erhebliche Einsparungen erzielen. Dies gelingt jedoch nur aufgrund fundierten Wissens. Der Universitätslehrgang "Management & Umwelt" vermittelt die dafür nötigen theoretischen und praktischen Kenntnisse. Durch Lehrveranstaltungen aus den Bereichen Umwelt, Technik,

Recht und Management wird interdisziplinäres Denken und Arbeiten gefördert.

Das Erlernte wird in Projekten praktisch umgesetzt. So können auch komplexe Problemstellungen erfasst und gelöst werden. Der Lehrgang ist kompakt in neun Module gegliedert und kann auch berufsbegleitend in 16 Monaten absolviert werden.

Zahlreiche Vorteile durch Weiterbildung

Für Teilnehmer am Universitätslehrgang "Management & Umwelt" und



Durch den effizienten Einsatz von Ressourcen lassen sich erhebliche Einsparungen erzielen. Dies gelingt jedoch nur aufgrund fundierten Wissens.

ihre Entsender (das kann auch eine Gemeinde sein) ergeben sich viele Vorteile. Neben den schon erwähnten Kosteneinsparungen durch Umweltmanagement und damit Optimierung in Bereichen wie Energie und Materialeinsatz, Wasser- und Abfallwirtschaft, spielt "Legal Compliance" (Erfüllung aller Rechtsvorschriften) eine wichtige Rolle. Durch rechtskonformes und umweltfreundliches Wirtschaften gewinnt jede Institution an positivem Image bei Kunden, Behörden und Mitbürgern, insbesondere Anrainern. Die Teilnehmer profitieren vor allem

durch interdisziplinäres, praxisorientiertes Wissen, den international anerkannten postgradualen Titel "MBA - Environmental Manager" sowie die damit verbundenen besseren Berufschancen. Auch die soziale Komponente kommt nicht zu kurz. Durch die Arbeit in Gruppen ganz unterschiedlicher Zusammensetzung werden "Soft skills" besonders gefördert und helfen beim Aufbau wichtiger Kontakte.

Auch das weitreichende Netzwerk von Umwelt Management Austria kommt Entsendern und Absolventen zu gute! Über 260 zufriedene Absolventinnen und Absolventen aus großen, mittleren und kleinen Unternehmen, aus Gemeinden, Verwaltungseinrichtungen und Interessensorganisationen haben bisher Nutzen aus

dem Lehrgang lukriert, ihr Know-how und damit ihre Karrierechancen verbessert. Sie betreiben nun erfolgreich Umweltschutz in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen.

Informationen

Umwelt Management Austria Brunngasse 18/2, 3100 St. Pölten Tel.: 02742/21454 E-Mail: office@uma.or.at

www.uma.or.at

Platz acht bei der Bürgermeister-EM

Österreich stellte mit einem Durchschnittsalter von 52 Jahren das "reifste" Team

ie Fußball-Europameisterschaft ist Geschichte. Wie schon vor vier Jahren fand auch heuer vor der eigentlichen EM eine EM für Bürgermeisterteams statt. Austragungsort war diesmal Tychy im EM-Gastgeberland Polen.

Sieger wurde Tschechien, das die Slowakei in einem packenden Finale besiegte. Deutschland – seit 2008 nach der ersten EURO in Österreich regierender Bürgermeister-Fußball-Europameister – hatte diesmal auch im kleinen Finale gegen Italien das Nachsehen. Es blieb nur der vierte Platz übrig.

Für die Österreicher war im Viertelfinale Endstation; in der Endwertung belegten die heimischen Ortschefs den achten Platz.

Dafür erreichte die österreichische Mannschaft den Fairplay-Pokal und hatte mit dem 63-jährigen Gebhard Moser aus der Tiroler Gemeinde Mils auch den ältesten Teilnehmer in ihren Reihen. Mit einem Durchschnittsalter von 52 Jahren waren die Österreicher überhaupt die "reiferen" Teilnehmer. Neben hochkarätigen Spielen kam auch der kommunalpolitische Erfahrungsaustausch nicht zu kurz. Wieder einmal zeigte sich, dass die Probleme in den einzelnen Ländern sehr ähnlich sind. www.bgm-fussball.at



Unser Team gewann den Fairplay-Pokal.



KOMMUNALMESSE 2012

12. bis 14. September 2012, Messe Tulln

Information für Gemeinden im Rahmen des 59. Österreichischen Gemeindetages:

Jetzt anmelden! www.kommunalmesse2012.at

- Alles, was Gemeinden brauchen
- Produkte vor Ort ausprobieren
- 12.000 m² Ausstellungsfläche









Impressum:

Herausgeber: Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich (Kommunalpolitische Vereinigung - KPV) 3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4

Mit der Herausgabe beauftragt:

Landesgeschäftsführer Mag. Christian Schneider

Medieninhaber: Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., 1010, Wien, Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0, Fax: 01/532 23 88-22

Geschäftsführung:

Mag. Michael Zimper

Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl, E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at Mitarbeit: Mag. Sotiria Taucher, Prof. Franz Oswald, Dr. Walter Leiss, Mag. Christian Schneider, Dr. Raimund Heiss DTP: Österreichischer Kommunal-Verlag, Thomas Max,

E-Mail: thomas.max@kommunal.at **Anzeigenverkauf:** Walter Rettenmoser, Tel.: 01/532 23 88-25,

E-Mail: walter.rettenmoser@kommunal.at **Fotos:** Bildstelle der NÖ Landesregierung, Erwin Wodicka (www.bilderbox.biz), Foto Baldauf (www.bilder.services.at), iStock Photo (www.istockphoto.com)

Hersteller: Leykam Druck, 7201 Neudörfl **Erscheinungsort:** 2700 Wr. Neustadt

Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare. Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebeamte). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Beamten der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institu-

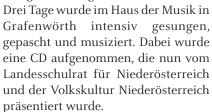
Dieses "Fachjournal für Kommunalpolitik" erreicht alle für die Kommunalpolitik wichtigen Meinungsträger im größten österreichischen Bundesland.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder Medieninhabers decken.

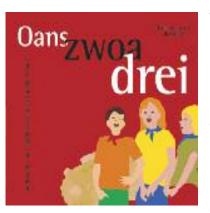
Neue Volkslieder-CD präsentiert

Lust auf Singen, Musizieren und Tanzen machen

Unter dem Motto "Oans, zwoa, drei: Niederösterreich singt!" waren 14 Schulchöre mit 450 Kinder aus ganz Niederösterreich eingeladen, Lieder aus dem im Vorjahr erschienen Schulliederbuch "Oans, zwoa, drei" zum Klingen zu bringen.



Mit der neuen CD will die Volkskultur Niederösterreich Volkslieder in die Schulen bringen und Kindern wieder Lust auf das Singen, Musizieren und



Tanzen machen, die CD und das entsprechende Buch sollen als Hilfsmaterialien für den Unterricht dienen. Es werden damit 36 gängige Volkslieder veröffentlicht, die einen Streifzug durch die musikalische Vielfalt Niederösterreichs ermöglichen und

helfen sollen, den Schülerinnen und Schülern älteres, aber durchaus zeitgemäßes Liedrepertoire zugänglich zu machen.

Bestellung

Volkskultur Niederösterreich Tel.: 02275/4660 www.volkskulturnoe.at

Buchtipp

Praxishandbuch Veranstaltungsrecht

Veranstaltungen haben sich zu einem Marketinginstrument ersten Ranges entwikkelt und flankieren solcherart das klassische Angebot an Events, von A wie Ausstellungen bis Z wie Zirkus. Aber Veranstaltung ist nicht gleich Veranstaltung, und mit der

Organisation und Durchführung von Events sind mannigfaltige Verantwortungen, Haftungen und rechtliche Besonderheiten in vielen Bereichen verbunden, die es zu beachten gilt. Dieses Praxishandbuch gibt Ihnen in umfassender, in Österreich einzigar-



tiger Weise einen verständlichen Einblick in diese Bereiche. Das Werk gehört daher in die Hände jedes Rechtskundigen, aber auch jedes Praktikers, der in verantwortlicher Position mit Veranstaltungen zu tun hat.

Praxishandbuch Veranstaltungsrecht, herausgegeben von Klaus Christian Vögl, erschienen im Verlag Lexisnexis, 640 Seiten. 88 Euro. ISBN: 978-3-7007-4794-9

Bestellung unter Tel. 01/534 52-0 oder E-Mail bestellung@lexisnexis.at.



WIR FINANZIEREN AUTOS. UND DIE STRASSEN, AUF DENEN SIE FAHREN.

Als Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand bietet die **HYPO NOE GRUPPE** maßgeschneiderte und individuelle Lösungen. Der ganzheitliche Ansatz für öffentliche Auftraggeber beginnt bei einer umfassenden Bedarfsanalyse mit kompetenter Beratung und reicht bis zur **professionellen Abwicklung inklusive**

zuverlässiger Projektrealisation.

Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand – für die öffentliche Hand – informiert Sie der Leiter Public Finance & Corporates Austria, Wolfgang Viehauser, unter +43(0)5 90 910-1551, wolfgang.viehauser@hyponoe.at

